

Richter Gnadenlos

Sachsen: Jurist mit AfD-Parteibuch will »Mischvölker« stoppen. **Von Susan Bonath**

Thüringens AfD-Chef Björn Höcke lobt er als »unsere Hoffnung«. Mit ihm will er »den deutschen Schuld kult endgültig beenden«, »mit aller Härte« sowie »dem Mittel des Patriotismus« die BRD »zur inneren Stärke zurückführen« und »die Herstellung von Mischvölkern« stoppen: Jens Maier, Richter am Dresdner Landgericht, will im Herbst für die AfD in den Bundestag ziehen. »Voll Stolz« teilte sich Maier am Dienstag abend im Dresdner Ballhaus Watzke das Podium mit Rechtsaußenvordenkern und -funktionären, die »einen langen entbehrungsreichen Weg« bis hin zum »vollständigen Sieg« (Höcke) beschreiten wollen.

Wie Höckes Redeergüsse »im Goebbels-Sound« (ARD-Magazin »Monitor« 2015) sind Maiers AfD-Aktivitäten seit Jahren bekannt. Aufsehen hatte letztes Jahr sein Richterspruch gegen Steffen Kailitz erregt. Maier hatte dem Politologen verboten, sich kritisch zur NPD zu äußern, die einstweilige Verfügung aber später auf öffentlichen Druck aufgehoben. Seiner Karriere in der Sachsenmetropole tat dies keinen Abbruch. Sein jüngster Auftritt, mitgeschnitten vom neurechten Magazin *Compact* und bewacht von Pegida-Saalschützern, sorgte erneut für Empörung. Der Präsident des Landgerichts, Gilbert Häfner, versicherte am Mittwoch in einer Mitteilung, man werde prüfen, ob der Richter gegen das Mäßigungsgebot verstoßen habe. Häfner betonte, Maiers private Meinung spiegelt nicht die Auffassung des Gerichts wider. Sachsens Linke-Abgeordneter Klaus Bartl zweifelt an Maiers Unabhängigkeit. »Ist AfD-Mann Maier nach seiner Höcke-Assistenz als Richter noch tragbar?« fragte er und warf ihm »NPD-Sprech« vor.

Dem früheren hessischen Geschichtslehrer Höcke brachte der Auftritt mehrere Strafanzeigen ein. Die



SEBASTIAN KAHNERT/DPA

Rechtspflege mal anders: Jens Maier am 10.06.2016 im Landgericht Dresden

Linke-Fraktionschefs Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch warfen ihm vor, den Holocaust zu relativieren. So nannte er das Berliner Mahnmal ein »Denkmal der Schande«, das dort nicht hingehöre. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Die Linke) betonte, er habe schon öfter darauf hingewiesen, dass Höcke NS-Sprache benutze. Der CDU-Abgeordnete Stefan Gruhner bezeichnete den AfD-Funktionär als »widerlichen Nazi«. Auch in der AfD sorgte Höckes Auftritt für Gezänk. Während ihn die AfD-Anhänger im Saal frenetisch feierten und Parteivize Alexander Gauland seinen Ausführungen beipflichtete, warf ihm der nordrhein-westfälische AfD-Chef

Marcus Pretzell vor, mit solchen Reden bürgerliche Wähler zu vertreiben.

Die braunen Fäden führen indes nicht nur in Parlamente und Richterkammern. Bei den Ermittlungen zur mutmaßlich rechtsterroristischen »Gruppe Freital« stehen inzwischen drei sächsische Polizisten im Verdacht, die Neonazis mit Dienstgeheimnissen versorgt zu haben. Das erklärte Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) in einer am Mittwoch veröffentlichten Stellungnahme auf Antrag der Grünen-Fraktion. Im Dezember hatte Ulbig noch von zwei Verfahren gegen Beamte gesprochen.

Die Grünen sorgen sich nun, »inwiefern sächsische Polizisten von den geplanten Straftaten gewusst oder diese gar

aktiv unterstützt haben«. Die Landesfraktion der Linken sieht Anhaltspunkte für ein »Rechtsaußennetzwerk in den Sicherheitsbehörden«. Mit der »Gruppe Freital« soll sich ab März zumindest nicht Maiers Arbeitgeber, sondern das Oberlandesgericht in Dresden befassen. Den acht Angeklagten wirft die Anklage Bildung einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mord, gefährliche Körperverletzung und Herbeiführung von Sprengstoffexplosionen vor. 2015 sollen sie zahlreiche Anschläge auf Geflüchtete und Linke verübt haben und dabei von Polizisten vor Einsätzen gewarnt worden sein.

■ Siehe Kommentar Seite 8